

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 744

Mittwoch, 22. Dezember 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

53 Tote bei Unfall eines überfüllten Lasters mit Migrant*innen in Chiapas.....	1
Viele der toten oder verletzten Migrant*innen kommen aus Quiché.....	1
Guatemala: Familien von in Chiapas verunglückten Migrant*innen werden erpresst.....	3
Warum nur?!... Warum nur???!!... Warum nur???!!!.....	4
Das Schuljahr im öffentlichen Sektor beginnt im Februar und die Impfungen stehen noch aus.....	5
Rache an Juan Luis Font? - Dem Korruptionsbekämpfer wird Korruption vorgeworfen.....	5
Letzte Ausgabe dieses Jahres.....	6

53 Tote bei Unfall eines überfüllten Lasters mit Migrant*innen in Chiapas

Quiche/Chiapas , 11. Dezember - Das Sekretariat für Zivilschutz in Mexiko bestätigte, dass am Abend des 9. Dezember eine Liste der Namen jener Migrant*innen, die bei einem schweren Verkehrsunfall in Chiapas, Mexiko getötet oder verletzt worden sind, veröffentlicht wurde.

Am 10. Dezember um 9 Uhr gaben die mexikanischen Behörden bekannt, dass 105 Guatemalte*innen unter den Verletzten sind und in verschiedene Krankenhäuser in der Metropolregion gebracht wurden, davon 83 Männer und 22 Frauen. Der Unfall geschah auf der Strasse zwischen Chiapa de Corzo–Ribera Cahuaré in Chiapas, Mexiko.

Was ist passiert?

Der Unfall ereignete sich gegen 15.30 Uhr Ortszeit, als ein Sattelschlepper mit mehr als hundert mittelamerikanischen Migrant*innen, die in einem Lieferwagen zusammengepfertcht waren, auf der Autobahn Chiapa de Corzo-Tuxtla Gutiérrez in einer Kurve wegen überhöhter Geschwindigkeit umkippte.

Nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft prallte der Anhänger gegen die Wand der Fussgängerbrücke, der Kasten verlor das Dach und kippte dann auf die Seite, wobei Dutzende Migrant*innen durch den schweren Aufprall sofort starben. Aufgrund seiner Bedeutung hat die mexikanische Generalstaatsanwaltschaft (FGR) den Fall übernommen und bestätigt, dass nach den bisher gesammelten Informationen 54 Menschen gestorben sind und zwei weitere schwer verletzt wurden. *[Alle übrigen Hundert(e) Personen müssten demnach leicht verletzt worden sein, d.Red.]*. (Cronica)

Viele der toten oder verletzten Migrant*innen kommen aus Quiché

*Die überlebenden Migrant*innen des Unfalls in Chiapas (s.u.) erklärten, dass die meisten von ihnen aus dem Departement Quiché stammen, wo die Geschichte von Armut und Hunger der gemeinsame Nenner derjenigen ist, die aus dieser Region auswandern und ihr Leben riskieren, um ihre Situation zu verändern.*

Geronimo Chicof Zavala singt ein trauriges Lied in seiner Muttersprache, während er seiner Frau per Videotelefonat seine Wunden und die seiner Mitreisenden zeigt. Er weint, ebenso wie der 16-jährige Elvis Quino, der ausschliesslich seine Maya-Muttersprache spricht. Neben ihm sagt die 15-jährige Vanesa Ambrosio Juárez, dass sie versuchen wird, die Reise erneut anzutreten, weil sie zu Hause keine Zukunft hat. Alle drei aus El Quiché, der ärmsten Region Guatemalas, sind Überlebende des Unfalls, bei dem 54 Migrant*innen starben.

Aus dem offiziellen Bericht des Sekretariats für Zivilschutz der Regierung von Chiapas geht hervor, dass 159 Migrant*innen in dem alten Anhänger mit dem Kennzeichen 444-DW-4 zusammengepfertcht waren, 94 Prozent von ihnen aus Guatemala. Nur drei kamen aus der Dominikanischen Republik, einer aus Honduras und einer aus Ecuador.

In Interviews erklärten die Überlebenden, dass die meisten von ihnen aus dem Departement Quiché stammen, wo sieben von zehn Einwohnern in Armut oder extremer Armut leben, wie das Nationale Institut für Statistik (INE) mitteilte. Eine Geschichte von Armut und Hunger ist der gemeinsame Nenner derjenigen, die auswandern und ihr Leben riskieren, um ihre Situation zu ändern. Martín Méndez Salvador sagt, dass er, solange er sich erinnern kann, Hunger hatte. Da er zwei Kinder hat, den dreijährigen Josep Martín und den einjährigen Manuel Alejandro, beschloss er, seine wenigen Habseligkeiten zu verkaufen, um zu versuchen, in die Vereinigten Staaten zu gelangen und Arbeit zu finden; er möchte nicht, dass seine Kinder dasselbe erleiden wie er.

Doch ihre Reise endete in einer Tragödie, als der Anhänger, in dem sie unterwegs waren, falsch abgog, die Ladekiste, in der sie standen und die nur von Metallstangen gehalten wurde, vom Boden abbrach und gegen die Betonpfeiler einer Brücke prallte, woraufhin sich das Fahrzeug überschlug.

Martín, der im Krankenhaus befragt wurde, sagte, er habe einen schweren Schlag gespürt, sei ohnmächtig geworden und im Krankenhaus aufgewacht. Von den 159 Personen, die sich in dem Fahrzeug befanden, starben 49 durch den Aufprall von Körpern und verbogenem Stahl, fünf weitere starben im Krankenhaus; 105 überlebten, allerdings mit verschiedenen, zum Teil schweren Verletzungen.

Bei dieser Tragödie fällt auf, dass 19 der Opfer minderjährig sind, also Jugendliche, die in der Migration eine Möglichkeit gesehen haben, ihre Zukunft zu verbessern. "Ich bin hierher gekommen, um einen Traum zu verwirklichen, denn in Guatemala ist es sehr schwer und mein Vater ist krank", erklärt Vanesa.

Die Route

Für die Einreise nach Mexiko über Chiapas gibt es drei Hauptrouten: die Küstenzone, wo man den Fluss Suchiate überquert und die Stadt Tapachula als ersten Punkt erreicht, wo Tausende von Migrant*innen derzeit nicht ausreisen können, umgeben von Kontrollpunkten des Nationalen Migrationsinstituts (INM) und der Nationalgarde (GN).

Die zweite Route führt durch das Dschungelgebiet in die Stadt Palenque, wo am 9. November ein Dutzend Migrierende in zwei Fahrzeugen, in denen sie transportiert wurden, verbrannten. Die Nervosität der Fahrer beim Passieren des INM-Kontrollpunktes in der Gegend von Playas de Catazajá führte zu einem Unfall; die Benzintanks explodierten.

Die dritte Route ist die gefährlichste, denn sie führt durch das Hochland und die Berge an der Grenze zum guatemalteischen Petén, einer Region, die von organisierten Verbrecherbanden kontrolliert wird, die in den letzten Monaten die absolute Kontrolle über die Strassen hatten, Ausgangssperren verhängten und für die Durchfahrt eine Bezahlung verlangten. Niemand kommt hier unbemerkt durch; alle müssen zahlen und ihre Route mit einem Schleuser vereinbaren.

Auf dieser letzten Route zogen auch die Quiché-Migrant*innen durch. Jemand von ihnen sagte, dass "der Schlepper" eine Gruppe von etwa einem Dutzend Personen nach dem Grenzübergang in Sammeltransporteinheiten verfrachtete, sie in der Gemeinde Comitán brachte. Dort stiegen sie in einen grösseren Lastwagen um, der nach San Cristóbal de Las Casas fuhr. Dort, so sagt die Person, wurden sie in ein Lagerhaus gebracht, wo sie auf eine grössere Gruppe warteten. Jeder "Kojote" nahm seine Gruppe mit, bis sie gegen zwei Uhr nachmittags alle auf den Sattelschlepper verladen wurden. In San Cristóbal de Las Casas und den benachbarten Gemeinden wie San Juan Chamula und Teopisca hat der Schmuggel von Migrant*innen in den letzten Jahren zugenommen, und fast jeder Einwohner kann angeben, wo es "sichere Häuser" oder Lagerhäuser gibt, in denen die Migrierenden sich verstecken, bis sie für den Transport verladen werden.

Von der Grenze zu Petén bis zum Unfallort gibt es mindestens vier polizeilich-militärische Kontrollpunkte, der erste ist das Zentrum für integrale Aufmerksamkeit für den Grenztransit, der sich drei Kilometer vor dem Eingang der Gemeinde Comitán befindet; ein weiterer liegt sechs Kilometer vom Ausgang dieser Gemeinde entfernt; an diesem Kontrollpunkt befinden sich Mitarbeiter*innen des Nationalen Migrationsinstituts (INM) und der Nationalgarde, die alle Fracht- und Personenfahrzeuge kontrollieren, die den Ort passieren.

Ein weiterer Kontrollpunkt befindet sich bei Kilometer 43 der Autobahn Tuxtla-San Cristóbal de Las Casas, ein weiterer nur vier Kilometer vor der Unfallstelle. Die Migrant*innen kamen an all diesen Orten vorbei, von denen sich die letzten beiden bereits an Bord des Anhängers befanden.

Das Colectivo de Observación y Monitoreo de Derechos Humanos en el Sureste Mexicano (Das Monitoringteam für Menschenrechte im Südosten Mexikos), in dem sich Organisationen zur Unterstützung von Migrant*innen zusammengeschlossen haben, hat wiederholt angeprangert, dass die Politik der mexikanischen Regierung zur Eindämmung der Migration die Migrierenden gezwungen hat, gefährlichere Routen zu nehmen, die von Menschenhändlern kontrolliert werden und dass ohne die Komplizenschaft der Behörden die Aktionen der Menschenhändlergruppen nicht möglich wären. "Die militarisierte, repressive und gewalttätige Migrationspolitik zwingt Migrant*innen, die sich durch den Süden Mexikos bewegen, immer gefährlichere Optionen und Routen zu wählen, die ihr Leben und ihre Unversehrtheit in Gefahr bringen. Die schrecklichen Ereignisse dieses Unfalls sind eine direkte Folge dieser staatlichen Politik, die die Grundrechte von Migrant*innen nicht garantiert", erklärten sie Stunden nach dem Unglück in einer Erklärung.

Nachrichten und Beileidsbekundungen

In seinem Twitter-Account teilte das INM mit, dass es "den Tod von Migrant*innen bei dem tragischen Unfall in Chiapas bedauert" und dass es seine Bemühungen mit den nationalen, bundesstaatlichen und kommunalen Behörden koordiniere, um konsularischen Beistand zu leisten, die Leichen zu identifizieren, die Beerdigungskosten zu übernehmen und die Überführung der sterblichen Überreste in die Herkunftsländer zu erleichtern. Weiterhin bemühe es sich, den Überlebenden humanitäre Hilfe, Unterkunft, Verpflegung und, falls sie dies akzeptieren, Besucherausweise aus humanitären Gründen zu gewähren. Es werde auch an der Untersuchung der Ereignisse mitwirken.

Präsident Andrés Manuel López Obrador teilte seinerseits auf seinem Twitter-Account mit: "Ich bedauere zutiefst die Tragödie, die durch den Umsturz eines Anhängers in Chiapas verursacht wurde, der mittelamerikanische Migrant*innen transportierte. Es ist sehr schmerzhaft. Ich umarme die Familien der Opfer".

Der Präsident Guatemalas, Alejandro Giammattei, sagte: "Ich bedauere die Tragödie im Bundesstaat Chiapas zutiefst und bin solidarisch mit den Familien der Opfer, denen wir jede notwendige konsularische Unterstützung, einschliesslich der Rückführung, anbieten".

Der mexikanische Aussenminister, Marcelo Ebrard, erklärte seinerseits, dass die mexikanische Regierung sich mit den Aussenministerien der Länder, aus denen die Migranten stammen, abstimmen werde.

(Text und Fotos: Angeles Mariscal. Dieser Artikel wurde ursprünglich in «Chiapas Paralelo» veröffentlicht, das der Alianza de Medios de la Red de Periodistas de a Pie angehört. Originalartikel und Fotos finden sich hier: <https://www.chiapasparalelo.com/noticias/chiapas/2021/12/de-quiche-la-zona-mas-pobre-de-guatemala-son-los-migrantes-accidentados/>)

Guatemala: Familien von in Chiapas verunglückten Migrant*innen werden erpresst

Guatemala, 13. Dezember - Das Leid der Familien der guatemalteckischen Migrant*innen, die in dem in Chiapas, Süd-mexiko, verunglückten Wohnwagen unterwegs waren, nimmt kein Ende. Sie wissen nicht nur nichts über ihre Verwandten, sondern werden auch von Leuten bedroht und erpresst, die ihnen erzählen, sie seien in Mexiko entführt worden. Ein Bild, das The Associated Press (AP) am Montag zugesandt wurde, zeigt eine Nachricht, die von einem Handy in Mexiko aus verschickt wurde und in der eine der Familien in Guatemala, die ihre Nummer veröffentlicht hat, um 3.000 Dollar im Austausch für Informationen über ihren vermissten Verwandten gebeten wird. Die Erpresser verwenden auch gefälschte Fotos, auf denen sie die Gesichter der Verschwundenen mit den Leichen anderer Migrierenden kombinieren.

Die Anrufe sind nicht auf das guatemalteckische Hoheitsgebiet beschränkt. Angehörige von Migrierten in den Vereinigten Staaten haben die gleiche Art von Anrufen erhalten. "Wir haben Angst, er sagt, es seien 40 Menschen entführt worden. Wir wissen nicht, ob mein Bruder dort sein könnte", sagte ein Migrant, der in den Vereinigten Staaten lebt und aus Sicherheitsgründen darum bat, seinen Namen nicht zu veröffentlichen.

Am Donnerstag stürzte ein mit Migrant*innen aus Guatemala, Honduras, der Dominikanischen Republik und Ecuador beladener Anhänger, der von Südmexiko nach Puebla unterwegs war, in Chiapas bei hoher Geschwindigkeit um, wobei 55 Menschen getötet und mehr als hundert weitere verletzt wurden.

Bis Montag hat die mexikanische Regierung noch keine Liste der toten Migrant*innen veröffentlicht, aber in den sozialen Netzwerken kursieren unbestätigte Listen der Toten.

Einige der verletzten Guatemalteck*innen beschlossen, auf eigene Faust in ihr Land zurückzukehren. Die guatemalteckische Regierung gab Telefonnummern bekannt, die Familien in armen Gemeinden, die keinen Zugang haben oder nicht gut Spanisch sprechen, anrufen sollten, um sich nach ihren Angehörigen zu erkundigen oder ihnen Informationen zu geben, aber sie haben noch keine Nachricht erhalten.

Am Freitag schickte die guatemalteckische Regierung eine hochrangige Kommission unter der Leitung von Aussenminister Pedro Brolo und zwei Staatsanwält*innen nach Mexiko, die einige Stunden mit den Verletzten verbrachten und anschliessend mit dem mexikanischen Aussenminister Marcelo Ebrard in Mexiko-Stadt zusammentrafen.

Tausende Migrierende fliehen jedes Jahr vor der Armut in Guatemala. Expert*innen zufolge machen sich täglich zwischen 300 und 500 Migranten auf den Weg in den Norden und zahlen den Menschenhändlern durchschnittlich 10.000 Dollar. Um an das Geld zu kommen, verschulden sie sich oft oder verpfänden ihre Häuser oder Grundstücke als Sicherheiten. Die migrierten drei Millionen Guatemalteck*innen, die in den USA leben, bringen jährlich mehr als 11 Milliarden Dollar an Überweisungen in das Land, was mehr als 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes entspricht.

Nach offiziellen Angaben der Direktion für Migration wurden von Januar bis November dieses Jahres fast 15.000 Guatemalteck*innen, darunter mehr als 3.000 Minderjährige, auf dem Luftweg aus den Vereinigten Staaten abgeschoben. Im gleichen Zeitraum wurden weitere 58.225 Personen auf dem Land- und Luftweg aus Mexiko abgeschoben. (La Hora auf der Basis von AP)

Warum nur?!... Warum nur??!!...Warum nur???!!!

Chiapas/Guatemala, 11. Dezember - Die Tragödie in Chiapas ruft sehr starke Gefühle hervor: Trauer, Empörung, Wut und Frustration. Es wird aber auch das Versagen des guatemalteckischen Staates deutlich.

Warum hat Eduardo Quino Morales (19 Jahre alt) das Land verlassen? Er sieht keine Zukunft für sich, da er nicht einmal eine gute Ausbildung erhalten hat.

Warum ist Aura Maribel Meletz (21) in die Vereinigten Staaten gegangen? Weil sie Angst hat, sie kann keine Arbeit finden und wird diskriminiert.

Warum hat Geronimo Chicof (30) es getan? Aus ganz ähnlichen Gründen und weil er weiss, dass sich die Lage in Guatemala nicht verbessert.

Warum hat die junge Vanesa Ambrosio (15) beschlossen, das Risiko einzugehen und ihren eigenen amerikanischen Traum zu verfolgen? Weil sie gesehen hat, dass ihre Eltern, Onkel, Tanten und Onkel und ältere Menschen hier nicht zu Wohlstand kommen konnten, keine Chance hatten, sich zu verbessern. Sie träumt davon, in den USA eine gute Ausbildung zu erhalten, sich zu verbessern und eine Familie mit einer besseren Zukunft zu gründen.

Ich könnte noch weitere Namen aus der Liste der 40 guatemalteckischen Überlebenden der Tragödie vom vergangenen Donnerstag in Chiapas aufzählen. Es sind echte Namen, ich habe sie nicht interviewt, aber bei den vielen Aussagen, die ich von so vielen Landsleuten gehört habe, die dieses schöne, aber leidende Guatemala verlassen haben, weiss ich, dass ihre Antworten mehr oder weniger die oben genannten sein würden. Mir fällt auf, dass die Liste zeigt, dass alle Migrant*innen jung sind, zwischen 15 und 38 Jahre alt - Männer und Frauen - was bedeutet, dass die Vision, dass es für sie keine Zukunft in ihrem eigenen Land gibt, immer stärker wird. Warum?!

Die Antwort ist nicht schwer. Wir werden sie in keiner Rede oder Erklärung von Präsident Alejandro Giammattei finden, die er auf seiner jüngsten Reise nach Washington gehalten hat, um zu zeigen, was er als Guatemalas blühende Demokratie ansieht, noch werden wir sie in seiner Vision des heutigen Guatemala finden, denn was er sagt, ist weit entfernt von dem, was all diese jungen Menschen sehen, fühlen und brauchen.

Im Gegenteil, es ist erwiesen, dass unsere Demokratie, die im Laufe der Zeit von der politischen Klasse verzerrt wurde, die schwerwiegenden sozioökonomischen Probleme nicht gelöst und ein wachsendes Gefühl der Frustration hervorgehoben hat, viele junge Menschen dazu veranlasst, lieber ihr Leben zu riskieren und in den Norden zu gehen, als hier passiv, ohne Hoffnung und mit grösseren kurz-, mittel- und langfristigen Gefahren zu bleiben.

Diese Tragödie sollte den Guatemalteck*innen die Augen öffnen: Wir können die Realität nicht länger ignorieren! Das vorherrschende politische System - massgeschneidert, damit es keinen Wandel gibt, damit die Korruption weiterhin grassieren und die Straffreiheit geschützt werden kann - wird nicht die Lösungen bieten, die die Mehrheit der Menschen im Land fordert und braucht.

Ich bleibe dabei, dass dieser immense und dramatische Migrationsstrom ein Zeichen dafür ist, dass wir es mit einem gescheiterten Staat zu tun haben, denn die Institutionen stehen nicht im Dienst des Gemeinwohls, sondern dienen vielmehr der Aufrechterhaltung des Status quo.

Die Regierung bezeichnete den Besuch von Giammattei in Washington als "erfolgreich", aber werden Eduardo, Aura, Geronimo oder Vanessa das auch so sehen? Sie sind Überlebende einer Tragödie, die direkt von diesem gescheiterten Staat verursacht wurde, der ihnen nicht einmal einen Tropfen Hoffnung gibt. Sie sind Überlebende, aber sie wissen, dass sie nach ihrer Rückkehr nach Guatemala wieder zu ignorierten Bürger*innen werden, zu Menschen mit Träumen, die sie hier nur schwer verwirklichen können.

Vor ein paar Tagen hörte ich einen hochrangigen Beamten sagen, dass Migrierende nicht auf der Suche nach dem amerikanischen Traum gehen sollten, sondern dass sie ihn hier suchen sollten: hier arbeiten, hier Unternehmer*in sein und dem Land helfen sollten, voranzukommen. Was für eine tolle Idee!

Sicherlich sagt er dies aus der Bequemlichkeit seiner Position, seines Amtes, seines Wohnsitzes, seines Lebens. Er sagt es, weil er nicht weiss, was mit der Masse der unzufriedenen, kämpfenden und mutigen Guatemalteck*innen geschieht, die das Desinteresse des gescheiterten politischen Systems am eigenen Leib erfahren. Das sind Menschen, die keine andere Lösung für ihre eigene Entwicklung finden können. Es wäre besser, wenn sich die offiziellen Bemühungen auf die Dinge konzentrieren würden, die das Land wirklich braucht.

Im Moment sehe ich, dass sich die Bemühungen des Präsidenten, seines engen Teams und des Regierungsbündnisses darauf konzentrieren, Biden zu zeigen, dass es falsch war, ihn nicht zum berühmten Demokratiegipfel einzuladen, aber schlimmer noch, sie konzentrieren sich darauf, die institutionelle Kontrolle aufrechtzuerhalten - vor allem über den gesamten Justizsektor - und die Korruption zu fördern, anstatt den Kurs zu korrigieren und zu akzeptieren, dass unsere Demokratie so schwach ist, wie das Weiße Haus sie sieht und die Guatemalteck*innen sie empfinden, solange es keine Unabhängigkeit der Gewalten gibt.

(Gonzalo Marroquín, Cronica)

Das Schuljahr im öffentlichen Sektor beginnt im Februar und die Impfungen stehen noch aus

Guatemala, 13. Dezember – *[Wer immer schon einmal wissen wollte, wann in Guatemala Schule ist, wann Ferien etc., der wird hier fündig. Als ein Beitrag zum (Schul-)Alltag der Menschen in Guatemala, d.Red.]*

Das Bildungsministerium (MINEDUC) hat im Amtsblatt den Kabinettsbeschluss Nr. 3475-2021 zur Festlegung des Schulkalenders für das Jahr 2022 für öffentliche Schulen veröffentlicht. Das Schuljahr beginnt auf allen Stufen und Schulformen am 21. Februar 2022 für den jährlichen Tages- und Semesterplan und am 26. Februar für den Wochenendplan. Darüber hinaus betont das Ministerium, dass bei der Umsetzung die COVID-19-Hygienevorschriften zur Prävention und Kontrolle von Infektionen berücksichtigt werden müssen.

Wichtige Termine

Die offiziellen Osterferien für die MINEDUC-Beschäftigten sind vom 11. bis 17. April, die Halbjahresferien sind vom 27. Juni bis 3. Juli. Die Abschlussprüfungen für die Absolvent*innen des Tages- und Wochenendplans finden vom 26. September bis zum 2. Oktober statt; die überwachten Praktika für alle Schulformen werden am 3. Oktober abgehalten. Die Evaluierungen am Ende des Schuljahres sind für alle Stufen und Schulformen vom 7. bis 13. November 2022 vorgesehen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Kalender die Aktivitäten in Bildungszentren mit Präsenz-, Fern-, virtuellen oder gemischten Unterrichtsmodalitäten in Übereinstimmung mit dem geltenden Gesundheitsalarmsystem festlegt.

Abweichende Bestimmungen für private, kommunale und genossenschaftliche Schulen

Am 10. Dezember veröffentlichte das MINEDUC den Kabinettsbeschluss 3476-2021, das den Schulkalender 2022 für private, genossenschaftliche und kommunale Schulen festlegt. Das Schuljahr beginnt am 3. Januar, der Unterricht vor Ort und im Fernunterricht beginnt am 14. Januar. (La Hora)

Rache an Juan Luis Font? - Dem Korruptionsbekämpfer wird Korruption vorgeworfen

Guatemala, 6. Dezember - Ein Gericht hat auf Antrag der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit die Verhaftung des Journalisten Juan Luis Font Monzón angeordnet. Diesem gehören einige wichtige Medien im Land, etwa ContraPoder, Canal Antigua und früher auch elPeriódico.

Die Staatsanwaltschaft (MP) gab am Montag, den 6. Dezember, bekannt, dass das Dritte Gericht in erster Instanz auf Antrag der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) angeordnet hat, Juan Luis Font Monzón unter Hausarrest zu stellen und den Fall vertraulich zu behandeln. Laut einer Aussage des in Untersuchungshaft sitzenden Ex-Ministers Alejandro Sinibaldi habe dieser zwischen 2012 und 2014 1,5 Millionen Q (= 118.169 €) für positive Berichterstattung in den Medien von Juan Luis Font bezahlt. Allerdings gibt es in den damaligen Ausgaben der von Font geleiteten Medien mehrere Beispiele einer kritischen Berichterstattung über Sinibaldi (s. z.B. <https://www.no-ficcion.com/project/persecucion-periodista-juan-luis-font>, d.Red.), unter anderem im Magazin ContraPoder und beim Sender Canal Antigua.

Prensa Libre und Guatevisión befragten Font nach der Entscheidung des Gerichts und er sagte: "Ich betrachte mich als Ziel politischer Verfolgung und als Objekt einer spezifischen Vendetta". Er fügte hinzu: "Als Journalist, als Regisseur und als Medienredakteur habe ich in den Redaktionen, in denen ich gearbeitet habe, beispielsweise ausführlich über das Phänomen der Korruption bei öffentlichen Bauvorhaben berichtet".

Er erinnerte daran, dass der ehemalige Minister Alejandro Sinibaldi Gegenstand von mindestens sechs aufsehenerregenden Berichten in den Medien war, die Font redigierte. Er wies darauf hin, dass diese Medienberichte erklärten, dass er Scheinausschreibungen und durch Missbrauch des Amtsregisters unterqualifizierter Bieter*innen befürwortete. Er habe auch auf betrügerische Überwachung hingewiesen, um stets zu gewährleisten, dass die Korruption "bei diesen Verträgen voranschreiten konnte".

Das Strassennetz in Guatemala zeige, wie stark die Korruption im Bereich der öffentlichen Arbeiten sei. Er wies darauf hin, dass der frühere Partner des bis vor kurzem amtierenden Kongresspräsidenten im ersten Jahr mehr als 40 Millionen Q (= 4.484.500 €) für öffentliche Arbeiten erhalten habe. Auch die Verwandten des Ex-Direktors der Abteilung Strassenbau im Verkehrsministerium hätten 156 Millionen Q (= 17.489.600 €) aus öffentlichen Aufträgen bekommen. "Wir sehen in Antigua ein begehrtes Objekt, das der ehemalige Kommunikationsminister für 122 Millionen Q (= 13.677.700 €) erworben hat", fügte er hinzu.

Er sagte: "Es ist klar, dass hier versucht wird, uns Journalist*innen, die die Korruption bekämpfen, eine Botschaft zu übermitteln: Sie sagen uns, dass wir dafür verfolgt werden".

Der Fall

Am 16. November sagte Font in einer Erklärung, dass die MP über FECI Alejandro Sinibaldi benutze, um einen neuen Fall gegen ihn aufzubauen.

"Sie versuchen, mich und die unabhängige Presse zum Schweigen zu bringen. Sie haben versucht, mich wegen der Partnerschaft, die ich mit Erick Archila [*Ex-Bergbauminister, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl ausgestellt wurde, d.Red.*] zur Gründung der Zeitschrift ContraPoder eingegangen bin, anzuklagen, sind aber gescheitert. Und jetzt planen sie ein neues Komplott, bei dem nach den mir vorliegenden Informationen der ehemalige Minister Sinibaldi auf mich als Emp-

fänger von Geldern zur Geldwäsche verweisen wird". Font gab an, dass er von Februar 2013 bis Januar 2017 nur sein Gehalt erhalten habe und dass diese Zahlungen ordnungsgemäss belegt und dokumentiert seien.

Am 17. November teilte das Anwaltsteam von Sinibaldi eine Antwort auf Juan Luis Font. Darin heisst es: "Steuerliche Ermittlungen und Strafverfahren sind den Parteien vorbehalten, und daher ist es sehr besorgniserregend, dass Herr Font behauptet, über interne Quellen zu verfügen, die ihn mit Informationen über angebliche steuerliche und gerichtliche Verfahren versorgen, und noch besorgniserregender ist, dass er diese angeblichen Informationen nutzt, um auf mediale Weise zu versuchen, den Fortgang einer angeblichen Ermittlung gegen ihn zu beschwichtigen".

Der ehemalige Leiter der FECCI, Juan Francisco Sandoval, der, kurz nach seiner Entlassung, seit Juli 2021 in den USA im Exil lebt, schrieb am Montag in den sozialen Netzwerken, dass der Hausarrest von Font nicht rechtens sei, weil das Gesetz festlege, dass diese Massnahme nur dann gerechtfertigt sei, wenn diese Person "vor Gericht gestellt wird". Das ist aktuell nicht der Fall.

Statement des Verbandes der Journalist*innen und Demonstration am 30.11.

Am 30. November, dem Tag der Journalist*innen in Guatemala, haben Journalist*innen aus unterschiedlichen Medien ein Statement veröffentlicht, [in dem sie die Verfolgung und die Kriminalisierung der journalistischen Arbeit](#) denunzieren. Sie demonstrierten [vor dem Nationalpalast](#) unter dem Motto: "No nos callarán" (Sie werden uns nicht zum Schweigen bringen). (Prensa Libre und Newsletter des Runden Tisches Zentralamerika mit weiteren Quellen).

Letzte Ausgabe dieses Jahres

So, mal wieder ist ein Jahr um. Und, wenn wir richtig gezählt haben, sind 25 Ausgaben versandt worden.

Viele Themen, die wir schon kennen und nicht mögen (Repression, Korruption, abhängige Justiz, Politiker*innen, die vorrangig an sich selbst denken, Corona, schikanierte Migrant*innen) und manche, die wir wertschätzen (Widerstand, Engagement für Gemeinwohl, unabhängige Justiz) haben wir behandelt. Wir haben über Corona auf dem Land, Hebammen als ‚Ärztinnen‘, Schulen unter Corona-Auflagen und manches mehr berichtet.

Oft auch durch Menschen vor Ort: Andreas Boueke, Thorsten Austen und seine Frau, die befreundete Familie unseres Abonnent*innen-Paares Brigitte und Georg Schubert, das deren Briefe über ihr alltägliches Leben in El Estor an uns weitergeleitet hat.

Wir danken allen, die uns aktiv unterstützt haben, so dass wir interessante Ausgaben zusammensstellen konnten.

Die nächste Ausgabe wird ganz regulär und ohne Pause am 5. Januar 2022 erscheinen. Kurz darauf werden die Abo-Rechnungen für die meisten Abonnent*innen versandt.

Bis dahin wünschen wir Euch allen schöne und erholsame Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2022.

Stephan und Theresa



*Weihnachten in Guatemala-Stadt
(Bildschirm-Foto (Ausschnitt)
aus dem you-tube-Film, Arbol
Gallo 2016)*

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6